

Neuwittenbeker



Dorf- Geplüster

13. Jhg.

Bürgerzeitung für das Gemeindegebiet
Unsere 64^{te} Ausgabe

Nr. 2

Bauschuttdeponie

Entwicklungen kommen rasch und unerwartet! "Das, was in der DDR seit Oktober '88 lief, wurde überschwenglich 'Wahnsinn' genannt; was in den letzten Wochen in Neuwittenbek ablief, kommt dem auch nahe," kommentiert Bernd Brandenburg, Spitzenkandidat der Neuwittenbeker SPD, die Ereignisse vor der Hür.

Nach zu Beginn diesen Jahres forderte SPD-Vorsitzender Carl Popp "klare Worte" zur Bauschuttdeponie ein; vorgesehen als einer der Punkte des Neuwittenbeker Wahlprogramms. Die SPD Neuwittenbeks trat der Bauschuttanlage seit jeher kritisch entgegen.

Vier Wochen später stand Neuwittenbek Kopf. Das Deponie-Projekt war im Mittelpunkt öffentlichen Interesses.

Innerhalb von weiteren vier Wochen hatte die neu entstandene Bürgerinitiative die Sache aufgerollt, sämtliche "parlamentarischen Hürden" genommen. Jan-B. Schmidt war nicht mehr Vorsitzender von Wählergemeinschaft und Naturschutzverein; die Wählergemeinschaft strich ihn kurzfristig aus der Kandidatenliste für den Gemeinderat.

Zu guter Letzt geriet auch noch Bürgermeister Hans Carstensen in die Schlagzeilen. Auslöser hierfür waren Erklärungen im Kreistag und Äußerungen des Landrats. Insbesondere die Worte des Landrats und die Darstellungen des Bür-

germeisters waren nicht in Einklang zu bringen. Zumindest der Bürgermeister sei hinreichend informiert worden, sagt der Landrat; der Bürgermeister betreibt, weitergehend informiert zu sein. Eigentlich kann nur einer Recht haben. Aufklärung ist gefordert.

Aber auch unabhängig von diesem Streitpunkte haben sich Verfahrensabläufe offenbart, die erschrecken. Aufgetan durch die Bürgerinitiative. Die Bürgerinitiative, die sich Bürgerinitiative für die Erhaltung des Landschaftsraumes Alt- und Neuwittenbek, Eckholz, Tüttendorf, Götterf und Schinkel nennt, kurz BI ELAN.

Mit Elan ging die BI ELAN auch an die Sache. Gelobt allerseits für ihre Aufklärungsarbeit, die präsentierten Informationen. Informationen über die zu erwartende Verkehrsbelastung. Informationen über den Umfang des Projekts. Informationen über die Deponierung. Informationen über den Entwurf einer entsprechenden Landesverordnung. Informationen über das Genehmigungsverfahren (anhand der Parallel-Anlage in Grevenkrug).

Der Zuspruch blieb natürlich nicht aus. Auch die Wählergemeinschaft schwenkte ein (nachdem J.-B. Schmidt als für die WG nicht mehr "tragbar" bezeichnet wurde) und kämpft Seite an Seite mit der SPD gegen das Projekt. Aus den Reihen der CDU sind die Reaktionen nur sehr verhalten geblieben.

Klar und vernichtend

Nachdem auch Tüttendorfs Gemeinderat per Beschluß - sechs Tage nach Neuwittenbeks Vertretung - den Standort Annenhof für die Bauschuttverwertung als ungeeignet verwarf, kam die Sache auch in den Amtsausschuß. Neuwittenbeks Amtsausschußmitglied Bernd Brandenburg hatte dies beantragt.

Brandenburg forderte für die Beschlüsse der Vertretungen von Tüttendorf und Neuwittenbek die Solidarität der Nachbargemeinden ein - und erhielt sie. "Der Amtsausschuß lehnte den Standort Annenhof geschlossen ab," erläutert Bernd Brandenburg, "und der Amtsausschuß ging in seinem Beschluß noch über meinen Antrag hinaus; es war schon toll, so viel Unterstützung zu finden. Von keinem sind überhaupt auch nur ansatzweise Zweifel in den Raum gestellt worden. Das Votum war klar und vernichtend."

In jenem Beschluß wird der Annenhofer Standort als "völlig ungeeignet" bezeichnet, nochzumal "eine ordnungsgemäße Planung hinsichtlich der Analysen und der Wirtschaftlichkeit nicht erkennbar" seien. "Der Amtsausschuß ist der Auffassung, daß das Amtsgebiet durch die Anlagen in Gammelby und Grenkrug ausreichend entsorgt ist."

Jubelnde Neuwittenbeker

Gemeinde- und Amtsebene hatten sich durch ihre Vertretungen zur Bauschuttanlage Annenhof geäußert. Folgerichtig war sodann der Kreistag an der Reihe.

Ende Februar war auf Intervention von Gisela Matte, Neuwittenbeker Gemeindevertreterin und SPD-Kreistagskandidatin, die Bauschuttanlage Thema auf der Fraktionssitzung der Kreis-SPD. Da Frau Matte bereits schon bürgerliches Mitglied in einem Kreistagsausschuß ist, gehört sie der Fraktion an.

Spontan entschloß sich ein Teil der SPD-Kreistagsfraktion zur Ortsbesichtigung. Vertreter der Bürgerinitiative und die Neuwittenbeker SPD-Fraktion gaben die Einweisung vor Ort. Einige Tage später kam zudem auch die GRÜNEN-Fraktion zum Ortstermin.

Per Dringlichkeitsantrag der SPD-Kreistagsfraktion kam die Bauabfallentsorgung auf die Tagesordnung des Kreistages. Das aber auch nur auf "öffentlichen Druck" - denn über 60 Betroffene aus Neuwittenbek und Umgebung waren in den Kreistag gekommen. Zuerst freute sich Kreispräsident Struve noch über den Zuschauerzuspruch.

Wenig erfreulich verlief die Kreistagsdiskussion, empfanden die Zuhörer. Aber das Ergebnis ließ sich immerhin sehen. Als eine Zusammenfassung aller Anträge beschloß der Kreistag sämtliche noch nicht genehmigten Standorte einstweilen zurückzunehmen und er-

neut in die Prüfung durch die Verwaltung einzusteigen. Dieser Passus aus dem Beschluß lautet: "Der Kreis teilt dem Land Schleswig-Holstein unverzüglich mit, daß er nochmals in die Prüfung für Bauschuttverwertungsanlagen und -deponien einsteigen wird und deshalb die bereits genannten Standorte vorerst zurückgenommen werden."

Kein Wunder, daß sich abends in Neuwittenbeks "Linde" ein munterer Kreis zur Jubelfeier zusammenfand.

Ganz ungetrübt war die Freude jedoch nicht. Den Anlaß bot der Landrat. Er hatte nach dem Kreistagsbeschluß Äußerungen von sich gegeben, die schlimmste Befürchtungen nährten. Auch die parallel zur "Jubelfeier" laufende Wahlveranstaltung der CDU Neuwittenbeks litt darunter - das vermochte auch der CDU-Kreistagskandidat nicht zu übertönen. Woher auch, wenn seine Parteifreunde in Neuwittenbek noch nicht einmal wissen, dessen Namen richtig zu schreiben.

Den Besonnenen unter den Bauschutt-Gegnern war jedenfalls klar, daß mit der Kreistagsitzung am 5. März der Neuwittenbeker Standort noch nicht "gestorben" war. Also, aufgepaßt.

Durch die Brille

Wundersam war die Berichterstattung über die Kreistagssitzung. Die Landeszeitung aus Rendsburg, die Eckernförder Zeitung und die Kieler Nachrichten berichteten.

Die KN sagte in der Überschrift: "Kreistag rückt von Deponie ab", weil "Bauschutt-Problematik erst jetzt voll erkannt" (LZ) sei; die EZ bescheinigte korrekter Weise lediglich einen "Teilerfolg". LZ und EZ erwähnten immerhin, daß das Thema "auf einen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf die Tagesordnung gesetzt worden" sei; im KN-Artikel wird die SPD nur ganz am Rande notiert.

Die LZ hat "etwa 20 Zuhörer aus Neuwittenbek" festgestellt - "Bürger aus Neuwittenbek drängten sich auf den Stuhlreihen" (KN); für die EZ waren nur "Mitglieder der Bürgerinitiative" zugegen.

Nach LZ waren die Zuhörer "zufrieden", bei der EZ spendeten sie "Beifall für diese Entscheidung"; die KN nahm keine Zuschauerreaktion wahr.

So etwas nennt man wohl Pressevielfalt!



Information in der Kritik

Die Kritik an der Kreisverwaltung läuft auf zwei Ansatzpunkte hinaus.

Einerseits fehlt eine Standortanalyse. Das betrifft die Verkehrsanbindung, die Umweltverträglichkeit und die soziale Akzeptanz. Anfänglich wurde noch der Eindruck erweckt, es gäbe derartige Untersuchungen. Inzwischen ist bekannt: nichts liegt vor, zumindest nichts Schriftliches.

Allein schon deshalb mußte Konsequenz richtiger Weise sein, den Standort aufzugeben. Das krampfartige Bemühen, den Standort zu halten, nimmt da Wunder.

Hierzu paßt auch der zweite Kritikpunkt an der Verwaltung. Die mangelhafte Information seitens der Verwaltung. "Nur zögerlich und nicht in vollem Umfange" sei die Verwaltung ihrer Informationspflicht nachgekommen, hieß bei der Bürgerinitiative. Beispielsweise kann dies festgemacht werden an den Antworten der Kreisverwaltung auf die beiden Anfragen des Kreistagsabgeordneten Stark-Wulf aus Gettorf. Widersprüchlichkeiten sind erkennbar, zumindest.

Desinformation auch in anderer Weise. Gemeindevertreter Brandenburg war Anfang Januar im Umweltamt des Kreises. Er bat um Einsicht in die "Neuwittenbeker Akte"; auf wiederholte Nachfrage wurde ihm gesagt, es gäbe keine solche Akte. Tatsächlich gibt es diese Akte aber schon seit Jahren. Als Gemeindevertreterin Gisela Matte vor wenigen Tagen Einsicht nehmen wollte, wurde ihr diese verwehrt.

Langsam, aber sicher rundet sich das Bild immer mehr ab.

Sicher ist sicher

Veränderungssperre. Was hat es damit auf sich? Das Stichwort fiel erstmals vor einigen Wochen.

Die Veränderungssperre ist ein Instrument aus dem Baurecht, besser dem Bauordnungsrecht. Ein Sicherungsmittel der Gemeinde für ihre Bauleitplanung.

Aus eigener Erfahrung wissen wir, wie lange die Erstellung eines Flächennutzungsplanes dauern kann. So lange muß es nicht immer sein; aber einige Zeit beansprucht es in jedem Falle.

Um nun in dem Zeitraum zwischen dem Aufstellungsbeschluß und rechtskräftiger Festschreibung des Bauleitplanes nicht durch von Dritten geschaffene Fakten in der eigenen Planung gestört zu werden, kann die Gemeinde auf ein Sicherungsmittel zurückgreifen, die Veränderungssperre. Per Satzung wird dann festgeschrieben, daß während eines bestimmten Zeitraumes (zunächst 2 Jahre) keine baulichen Veränderungen in dem überplanten Gebiet vor-

genommen werden dürfen.

SPD und WdGN haben sich zu einer Allianz in dieser Sache zusammengefunden. Sie wollen für den Warleberger Bereich eine Veränderungssperre durch den Gemeinderat beschließen lassen. Vonseiten des Amtes wurde dies nicht mehr für erforderlich gehalten nach dem Kreistagsbeschluß; Bernd Brandenburg sprach in diesem Zusammenhang vom "Liebesentzug" der Verwaltung. Aber dadurch ließen sich die beiden Fraktionen nicht beirren. Sicher ist sicher.

Und in dem Radiointerview hat auch der Landrat schon angedeutet, daß er bei einem evtl. Genehmigungsverfahren zunächst einmal auf die gemeindliche Bauleitplanung abstellt.

Schutz der Natur

Ganz selbstverständlich gehen die Vorstellungen des Kreises dahin, für die Bauschuttanlage einen Standort in der "freien Natur" zu wählen. Auch die Frage nach Alternativ-Standorten (zum Annenhof) lief immer darauf hinaus, die Anlage inmitten der Landschaft anzusiedeln. Weshalb aber?

Es gibt keine zwingende Notwendigkeit, Bauschuttanlagen in ehemalige Kiesgruben zu legen. Kies wird für den wiederverwerteten Bauschutt nur in verhältnismäßig geringem Umfange für die Beimischung benötigt.

Bei objektiver Betrachtung gehört ein solcher Betrieb in ein Industrie- oder Gewerbegebiet. Dort sind aber die Kauf- oder Pachtpreise wesentlich höher. Landwirtschaftliche Flächen bekommt man billiger.

Es geht also wieder einmal ums Geld (oder besser: den Profit):

Bauschuttanlagen sind "Eingriffe in Natur und Landschaft" im Sinne des § 7 des schleswig-holsteinischen Landschaftspflegegesetzes, die "die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts ... erheblich oder nachhaltig beeinträchtigen können". § 2 jenes Gesetzes gibt u.a. vor: "Die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts ist zu erhalten...; Beeinträchtigungen sind zu unterlassen".

Weitergehend sollen sogar Natur und Umwelt Staatszielbestimmung in der neuen Landesverfassung werden. Der Sonderausschuß des schleswig-holsteinischen Landtages zur Verfassungsreform empfahl einstimmig als Artikel 7 der künftigen Verfassung: "Die natürlichen Grundlagen des Lebens stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung."

Da dies nur eine Staatszielbestimmung werden kann (oder soll), aber kein einklagbares Grundrecht, müßte die Bedeutung dieser Norm bereits jetzt Entscheidungsmaßstab sein (schon allein wegen der Einstimmigkeit im erwähnten Sonderausschuß). Oder sollen es nur "leere Worte" bleiben? (betra)

... in der 1. Reihe

Wieder einmal kam Neuwittenbeks Bauschutt über die Radiowellen des NDR, am 8. März. Brisant war es, weil auch Landrat Bellmann zu Worte kam.

Es begann moderat; Landrat Bellmann: "Daß die Bürger in Neuwittenbek, zu dem der Ortsteil Annenhof gehört, nicht besonders glücklich über eine solche Anlage sind, kann ich verstehen. ... Natürlich kann ich das verstehen, wenn die Bürger kritisch dem gegenüberstehen; denn in der Tat würde sicherlich eine solche Bauschuttverwertungsanlage und -aufbereitungsanlage auch von dem Raum Kiel in Anspruch genommen werden und da fällt, wie wir alle wissen, eine Menge Bauschutt an. ... Staubbelastung, Lärmbelastung und, und, und ..."

Eigentlich interessant wurde es aber, als es um die Entscheidungsprozesse bei Verwaltung und politischen Gremien ging.

Landrat Bellmann: "... die Gemeinde und die Bürger werden repräsentiert durch die örtliche Gemeindevertretung und die Bürgermeister. Die sind in der Vergangenheit schon beteiligt worden... wir haben nun mal eine repräsentative Demokratie und das wollen wir denn auch respektieren. Für mich, als Landrat, ist der Gesprächspartner der Bürgermeister der Gemeinde Neuwittenbek."

Und der NDR fragte nach, wie es denn mit der Informationspolitik sei. "Das kann ich nicht beurteilen," sagte der Landrat, "... mein Gesprächspartner ist der Bürgermeister als Vorsitzender der Gemeindevertretung, der dann seinerseits seine Informationen in die Gemeindevertretung weiterzugeben hat."

Konsequenz: es lag also am Bürgermeister. Nach Landrat Bellmann habe der Kreis "mehrfache Abstimmungsgespräche mit der örtlichen Ebene getan". Wobei der Landrat ergänzt: "sowohl offizielle, auch unter meiner Leitung schon im Jahre 1989", wie wohl auch nicht offizielle (?). Zumindest berichtet der Landrat: "Ich weiß, daß die CDU ihre vielen ländlichen Bürgermeister alle am Tisch gehabt hat."

Haben also die Entscheidungsprozesse in CDU-Gremien stattgefunden? Welches Demokratieverständnis verbirgt sich da hinter? Wie sieht eigentlich rechtsstaatliches Verwaltungshandeln in unserem Kreis aus?

Der natürliche Aspekt

Gute Arbeit wird der Bürgerinitiative attestiert. Sie hat Informationen präsentiert, die keiner (?) erahnte.

Und wo die vorgelegten Angaben der Bürgerinitiative (BI) in Zweifel gezogen wurden, mach-

BEI ARD und ZDF
SITZEN SIE IN
DER 1. REIHE



NDR

■ SCHRITTE ZU DEN ■
30 JAHRE **Brot** ARMEN
für die Welt

ten Schriftstücke die Zweifler still. Beispiel: 6 bis 8 Lkws pro Tag - sagten die Betreibervertreter; eine Verkehrsfrequenz von 168 je Tag errechnete die BI, ohne daß noch jemand widersprach.

Manchmal schienen die BI-Flugblätter überzogen und übertrieben. Bislang ist aber die Darstellung noch immer bestätigt worden.

Warten wir ab, was noch alles offengelegt werden wird.

Die BI jedenfalls gibt sich mit den bisherigen Leistungen noch nicht zufrieden ("Die Kuh ist noch nicht vom Eis"). Es geht weiter. Wohl sogar über den Tag hinaus, an dem endgültig sicher sein wird, daß eine Bauschuttverwertungsanlage/Bauschuttdeponie nicht nach Neuwittenbek kommt. Eine landschaftspflegerische Zielsetzung der BI wird erkennbar.

Wo bleibt da eigentlich der Neuwittenbeker Naturschutzverein? Sicher, er hatte wegen seines bisherigen Vorsitzenden J.-B. Schmidt "gewisse Hemmnisse zu überwinden".

Auf unsere Nachfrage hin wurde bestätigt, daß es einen Vorstandsbeschluß in dieser Angelegenheit gebe; einer besonderen Veröffentlichung bedürfe es nicht, da sich die Position des Naturschutzvereins deutlich aus der Zielsetzung in der Vereinssatzung ergebe.

Vielleicht wird noch der Tag kommen, an dem sich auch der Naturschutzverein zu einer Stellungnahme gefordert sieht.

Wer genau prüft, wählt

SPD

Erste Erfolge

Noch ist Gisela Matte nicht einmal Kreis- tagsabgeordnete, aber als bürgerliches Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr des Kreises ist sie schon Mitglied der SPD-Kreistagsfraktion. Und da hat sie bereits ihre ersten Erfolge für unsere Gemeinde errungen.

Nachdem ihr - wie uns allen - in den ersten beiden Informationsveranstaltungen der Bürgerinitiative gegen die geplante Bauschuttanlage in Warleberg die Augen geöffnet worden waren, gelang es ihr in der Fraktionssitzung am 20. Februar, die Mitglieder der SPD-Fraktion zu überreden, sich den geplanten Standort einmal anzusehen und ein Gespräch mit Mitgliedern der Bürgerinitiative zu führen. Dieser Orts- termin fand bereits am 23.02. statt, und auch eine Reihe von SPD-Mitgliedern aus Neuwittenbek nahmen daran teil.



Hier konnten die SPD-Kreistagsabgeordneten davon überzeugt werden, daß der geplante Standort absolut ungeeignet sei, und daß die betroffenen Gemeinden völlig unzureichend über die Ziele des Kreises und die Folgen informiert worden waren.

In der nächsten Fraktionssitzung der Kreis-SPD am 28.02. wurde auf Frau Mattes Initiative hin beschlossen, für die Kreistagssitzung am 05.03. einen Dringlichkeitsantrag zu stellen, sämtliche Standorte noch einmal auf ihre Notwendigkeit und Eignung zu überprüfen.

Nun wird ein Dringlichkeitsantrag nur auf die Tagesordnung gesetzt, wenn 2/3 der Abgeordneten dem zustimmen. So mußten also noch eine Reihe von CDU-Abgeordneten von

der Dringlichkeit überzeugt werden. Mit vereinten Kräften - die Bürgerinitiative und Frau Matte hatten immerhin ca. 50 Bürger für die Teilnahme an der Kreistagssitzung mobilisieren können - konnte auch diese Hürde genommen werden.

Der Antrag wurde im Kreistag behandelt und fand sogar eine Mehrheit. Die Kreisverwaltung wird darin aufgefordert, alle geplanten Standorte für Bauschuttanlagen (außer Grevenkrug und Gammelby) erneut zu überprüfen und bei der Landesregierung vorerst zurückzuziehen.

Ist das nicht ein toller Erfolg?

TSV-Jahresversammlung

Von einer erfreulichen Jahresbilanz konnte Vereinsvorsitzender Klaus Stein auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung berichten. Dies sei aber nur durch den enormen Einsatz der ehrenamtlichen Mitarbeiter möglich gewesen. Bis zu 70 Std. wöchentlich bringen Betreuer, Übungsleiter, Mannschaftsführer u.a. für den Verein auf. Hierfür sprach er allen Mitgliedern seinen besonderen Dank aus.

532 Mitglieder hatte der TSV zur Jahreswende, davon allein 185 Jugendliche. Die stärkste Sparte ist mit 219 Aktiven die Turnabteilung, gefolgt von der Tennis- sparte mit 155 Aktiven. In den übrigen Sparten sieht die Beteiligung wie folgt aus: Handball 72, Schützen 64, Tischtennis 39, Fußball 37 und Volleyball 29 Mitglieder.

11 Mitglieder wurden vom Vorsitzenden mit der silbernen Vereinsnadel für 20jährige und 21 mit der bronzenen Nadel für 10jährige Vereinszugehörigkeit ausgezeichnet. Die goldene Vereinsnadel für 25jährige Mitgliedschaft wurde Annett Habeck, Klaus Meier, Johann Böhme, Wilhelm Stender und Hans Petersen angesteckt.

Eine besondere Ehrung erhielt Hermann Pries. Von August 1966 bis Januar 1990 war er ununterbrochen Spartenleiter der Schützenabteilung. Er habe besonders das Schützenbrauchtum, die Kameradschaft und die Freundschaft zu den Nachbarvereinen gepflegt. Da er schon alle Ehrennadeln besitzt, erhielt H. Pries als besonderes Präsent eine Jagdtasche.

Aus den Neuwahlen ging wieder Klaus Stein als 1. Vorsitzender hervor, diesmal mit Dr. Jürgen Köhler als Stellvertreter an seiner Seite. Besonders erfreut wurde die Bekanntgabe des neuen Jugendleiters Sven Nielsen aufgenommen.

GÖNNEN SIE
SICH AUCH 'MAL "
6 RICHTIGE "

Ihre Kandidaten



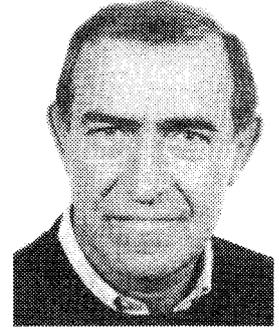
Bernd Brandenburg

38 Jahre alt, verheiratet, eine Tochter, Rechtsanwalt. Seit Herbst 1977 wohnhaft in Warleberg, seit Frühjahr 1979 durchgängig Neuwittenbeker Gemeindevertreter, zuletzt als Vorsitzender des Umweltausschusses und stellv. Vorsitzender des Finanzausschusses. Immer mehr durchdringen Umweltpolitik und Landschaftspflege die Arbeit der Gemeindevertretung. Nur beispielhaft will ich dabei die uns noch über Jahre beschäftigende Ortsentwässerung und die hoffentlich uns nicht mehr so lange beschäftigende Frage nach einem Standort für die Bauschuttanlage ansprechen. In diesem Themenbereich sehe ich meinen persönlichen Schwerpunkt künftiger Tätigkeit im Kommunalparlament.



Gisela Matte

52 Jahre alt, verheiratet, Heizungstechnikerin. Neuwittenbek, Gettorfer Weg 9. Seit 1978 in der Gemeindevertretung tätig, während der ganzen Zeit Vorsitzende des Sozialausschusses, außerdem 4 Jahre stellvertr. Bürgermeisterin. Im sozialen Bereich wird auch weiterhin mein Aufgabenschwerpunkt liegen. Zudem habe ich berufsbedingt Neigung zur Mitarbeit im Bau- und Wegeausschuß, dem ich von 1984 bis 1986 als wählbarer Bürger angehörte. Seit 1989 habe ich mich auch auf Kreisebene politisch engagiert. Ich bin bereits Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr des Kreistages Rendsburg-Eckernförde. Bei dieser Wahl kandidiere ich nun auch für den Kreistag.



Klaus Stein

52 Jahre alt, verheiratet, Polizeibeamter. Wohnhaft in Neuwittenbek seit 1945. Seit 1970 ununterbrochen Mitglied der Gemeindevertretung, lange Jahre Vorsitzender des Bau- und Wegeausschusses. Seit 1978 als Vertreter der Gemeinde im Ausschuß und seit 1982 im Vorstand des Wasserbeschaffungsverbandes Dänischer Wohld. Die Schwerpunkte meiner Arbeit in der Gemeindevertretung für die nächsten 4 Jahre sind:

- stetige Weiterentwicklung unserer Gemeinde im baulichen, schulischen, sportlichen, kulturellen und sozialen Bereich
- ordnungsgemäße Wiederherstellung unserer Straßen und Plätze sowie der Rad- und Gehwege nach Fertigstellung der Vollkanalisation.

Hier noch einmal in kurzen Stichworten unser Wahlprogramm:

Tennisplatz Altwittenbek

Die Schmerzgrenze ist nun überschritten. Der Lärmschutzwall soll inzwischen mehr kosten als ursprünglich die ganze Anlage. Da machen wir nicht mehr mit.

Bauschuttdeponie

Die Bauschuttanlage in Warleberg muß mit allen Mitteln verhindert werden. Wir wollen keinen Lärm, Dreck und Schwerlastverkehr. Unsere Kinder verdienen einen sicheren Schulweg und eine saubere Umwelt.

Energiesparende Maßnahmen

In Neuwittenbek kann und muß noch viel Energie eingespart werden: Schule, Mehrzweckhalle und Feuerwehrgerätehaus können sinnvoller versorgt werden: die Straßenbeleuchtung muß kürzer brennen.

für Neuwittenbek



Carl Popp

41 Jahre alt, ledig, eine Tochter.
Ich bin gebürtiger Neuwittenbeker, wohne im "Buten-
erp", Hauptstr. 44, und bin Betriebsleiter in einem mittelständischen Betrieb. Nach Jahren der Wanderschaft (Auslandstätigkeit in europäischen und überseeischen Ländern) habe ich wieder in meine Heimatgemeinde zurückgefunden und möchte mich nun u.a. auch wieder politisch betätigen.

Ich möchte verhindern, daß in unserer Gemeinde abenteuerliche bzw. Prestigeobjekte verwirklicht werden. Maßnahmen dürfen nur gefördert werden, wenn die Mehrzahl der Einwohner davon profitieren kann, und zwar z.Zt.

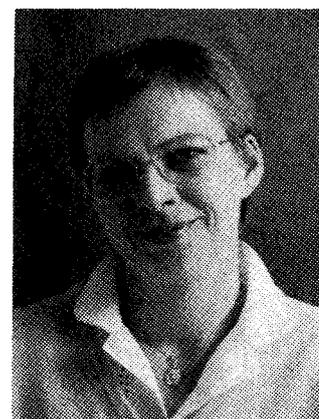
➤ dieser Reihenfolge:

- Zentrale Abwasser- und Regenwasserentsorgung
- Schulsanierung
- Rad- und Wanderwege
- Umweltmaßnahmen, Energieeinsparung
- Sportstätten



Georg Cassel

43 Jahre, Dipl.-Ing., verheiratet, eine Tochter. Seit 1985 wohne ich mit meiner Familie in Neuwittenbek. Das Ansehen von Politik und Verwaltung hat in den letzten Jahren durch viele Affären stark gelitten. Ich kandidiere für die Gemeindevertretung Neuwittenbek, weil ich durch meine Mitarbeit helfen will, daß politischer Anstand und Fairneß in Neuwittenbek erhalten bleiben, und weil ich mich dafür einsetzen will,
- daß die Bürger mit ihren Problemen und Sorgen wieder ernst genommen werden
- daß die Bürger besser über anstehende Entscheidungen informiert werden und
- daß sie bei größeren Projekten der Gemeinde rechtzeitig an der Entscheidungsfindung beteiligt werden.



Dr. Hannelore Pechmann

38 Jahre alt, Diplombiologin und "spätentschlossene" Studentin der Medizin. Seit 1981 wohne ich in Neuwittenbek auf dem Charlottenhof.

Die Arbeit in der Gemeindevertretung lernte ich von 1984 - 1986 als Mitglied des Finanz- und des Umweltausschusses kennen. Z.Zt. bin ich bürgerliches Mitglied im Umweltausschuß, in dem ich u.a. an der Durchführung des Projekts "Modellgemeinde Landschaftspflege" und an der Planung und Durchführung der zentralen Ortsentwässerung beteiligt war. Im Umweltbereich stehen weiterhin für die Gemeinde wichtige Themen an, für die ich mich einsetzen möchte:

- Verhinderung der geplanten Bauschuttdeponie
- Energiesparmaßnahmen
- Einrichtung eines Autowaschplatzes.

Verkehrsanbindung

Nicht nur unsere Schulkinder sondern alle Ortsbewohner, ob in Landwehr, Eckholz, Warleberg, Neu- oder Altwittenbek, brauchen bürgernahe öffentliche Verkehrsverbindungen.

Ortsentwässerung

Die Anschlußbeiträge und Gebühren müssen gerecht sein. Mit uns gibt es keine Regenwasseranschlußbeiträge nach Größe der Wohnfläche. Überhaupt ist für uns die Regenwasserentsorgung Gemeindesache.

Sanierung Schulgebäude

1956 ist das Baujahr unserer Schule. Nach 36 Jahren ist sie jetzt dringend renovierungsbedürftig. Wir müssen jetzt sanieren, bevor der Infarkt kommt.

Radweg Warleberg - Landwehr

Jahrelang wurde nur geredet. Jetzt muß der Radweg endlich gebaut werden.

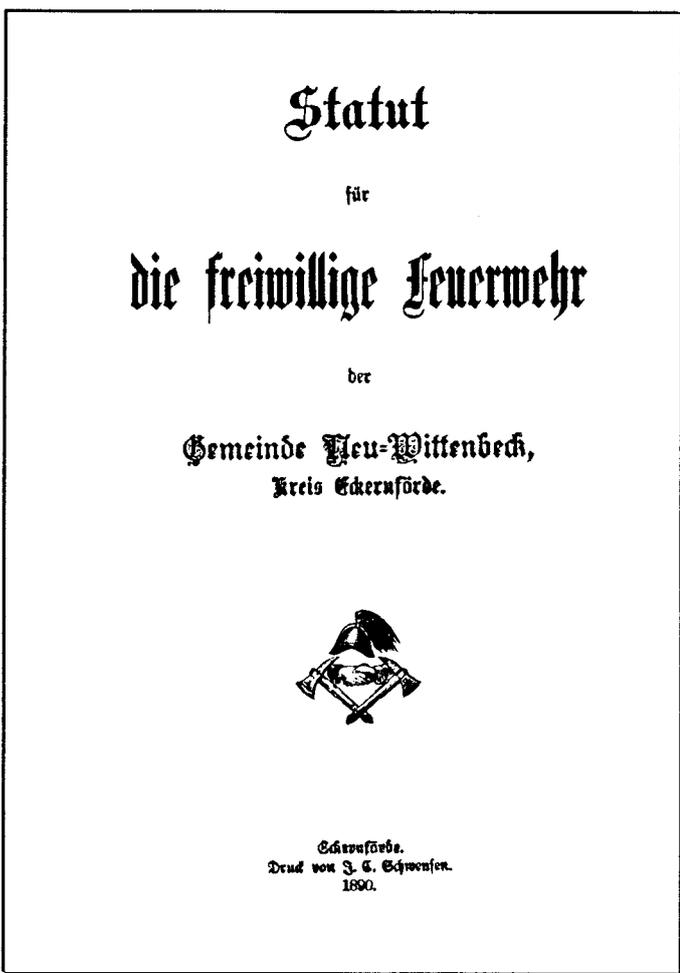
100 Jahre Freiwillige Feuerwehr Neuwittenbek

In diesen Tagen kann Neuwittenbeks Freiwillige Feuerwehr auf ihr 100jähriges Bestehen zurückblicken. Am 13. März 1890 wurde die Wehr, hervorgegangen aus der Brandwehr, gegründet.

Es fanden sich immer wieder Freiwillige, die bereit waren, im Brandschutz Neuwittenbeks tätig zu sein. Die Wehr überstand bis heute viele Staatsformen, vom Kaiserreich über Weimarer Republik und 3. Reich bis hin zu unserer heutigen Demokratie; Ämter- und Gebietsreform überstand die Wehr ebenso.

In der Feuerwehr kennt man keine Konfessions-, Standes oder politischen Unterschiede. Der Wille zum Helfen ist die Triebkraft allen Handelns; nach dem Wahlspruch der Vorväter wird noch heute gehandelt:

Einer für Alle, Alle für Einen!



Deckblatt des Wehrstatuts 1890

Von Radbruch bis Radbruch könnten die vergangenen 100 Jahre überschrieben werden. Neuwittenbeks erster Feuerwehrhauptmann war Peter Radbruch, der heutige Wehrführer ist Wilhelm Radbruch. Aber auch viele andere Namen, insbesondere die der alteingesessenen Familien tauchen häufiger auf; in Neuwittenbek darf dann natürlich auch der Familienname Jöhnk nicht fehlen.

100 Jahre Feuerwehr heißt 100 Jahre Geschichte von Geräten und Fahrzeugen; in diesen 100 Jahren hat sich aber auch die Aufgabenstellung wesentlich verändert, erkennbar auch an der heutigen Ausstattung der Wehr. Ursprüngliche Zielsetzung war allein die Hilfe im Brandfalle. Heute hat die Wehr viele weitere Aufgaben; beispielhaft erinnert sei an die kürzliche Diskussion im Amtsausschuß über die Ausstattung der Wehren mit Ölsperren.

"Die freiwillige Feuerwehr ist ein Verein gesunder und kräftiger Männer, welche die Ehrenpflicht übernehmen, sich durch regelmäßige Übungen bei militärischer Disziplin die Gewandtheit, den Muth und die Ruhe anzueignen, welche nöthig sind, um bei Feuersgefahr möglichst rasch und in zweckmäßiger Weise Hülfe leisten zu können." So sah die Zielsetzung für die Neuwittenbeker Wehr im "Statut für die freiwillige Feuerwehr der Gemeinde Neu-Wittenbek" im Jahre 1890 aus.

Dies und vieles mehr aus der Historie will eine Festschrift darstellen, die derzeit noch eine Arbeitsgruppe zusammenstellt. Bernd Brandenburg berichtet aus der Arbeit dieser Gruppe: "Wir haben eine ganze Menge zusammengetragen, Fakten und Seltsames, Anekdoten und Daten. Das geht vom Bierkonsum in den Anfangsjahren über die tagtäglichen Einsätze während des 2. Weltkrieges bis hin zu den Plänen für das neue Gerätehaus. Offensichtlich war auch die Brandstiftung in den ersten 20 bis 30 Jahren der Wehr ein erhebliches Problem; denn wiederholt findet sich im Berichtsbuch der Wehr die Anmerkung 'muthmaßliche Brandstiftung'."

Lassen wir uns also überraschen, was die Chronisten zu berichten wissen.

Die Feier zum 100ten Geburtstag der Wehr wird erst in einigen Wochen stattfinden; man wollte sichergehen, während der Festwoche gutes Wetter zu haben. Auch für jene Feiertage ist noch Einiges in Vorbereitung; die Wehr will sich ihren Mitbürgern in ihrer gesamten Leistungsbreite präsentieren.

Also bleibt uns an dieser Stelle nur ein herzlicher Glückwunsch an die Wehrkameraden, verbunden mit dem Dank für Leistung und Einsatz in der Vergangenheit.

Auf zur Wahl

Die ersten Neuwittenbeker haben ihre Stimme zur Kommunalwahl schon abgegeben. Denn seit dem 5. März kann schon gewählt werden - per Brief. Wahlunterlagen können die Wahlberechtigten beim Amt anfordern; einfach nur die Wahlbenachrichtigung vorlegen. Wer keine erhalten hat, sofort melden.

Briefwahlunterlagen werden bis zum 23. März angenommen; bei plötzlicher Krankheit noch länger.

Am 25. März '90 werden die Kommunalparlamente gewählt

Nur noch wenige Tage, dann ist wieder einmal das staatsbürgerliche Recht gefordert: der Wahlgang. Die Vertretungen auf Kreis- und Gemeindeebene sind neu zu besetzen. Das, wofür DDR-Bürger in Leipzig und anderswo demonstrierten, ist bei uns Selbstverständ-

lichkeit: die freien, gleichen und geheimen Wahlen. Es ist schon so sehr für uns zur Selbstverständlichkeit geworden, daß wir es bereits wieder vernachlässigen. Also, wir sollten zeigen, unseres Rechts bewußt zu sein - wir gehen wählen am 25.03.1990.

Wahllokal ist wie all' die Jahre zuvor die Schule in Neuwittenbek. Dort wird es allerdings zwei Wahllokale geben, zum einen für die Neuwittenbeker, zum anderen für die Alt-wittenbeker und die Warleberger. Für ein gemeinsames Wahllokal war die Wählerzahl mittlerweile zu groß; es würde zu lange dauern, bis das Ergebnis vorliegt. Deshalb werden Ende des Monats zwei Wahlvorstände nach 18 Uhr das Wahlergebnis ermitteln (selbstverständlich werden die Ergebnisse aus beiden Einzugsbereichen zusammengerechnet).

Für den Gemeinderat treten wiederum drei Listen an, nämlich CDU, SPD und WG. Neu ist insofern allerdings, daß die Sozialdemokraten die Liste 1 sind, also auf dem Wahlzettel die SPD-Kandidaten Brandenburg, Matte, Stein usw. oben stehen.

Alle drei Gruppierungen in Neuwittenbek greifen auf ihre "bewährten Kräfte" zurück; bis auf den WG-Vertreter Schmidt kandidieren alle bisherigen Gemeindevertreter erneut direkt. Es spricht also einiges dafür, daß der neue Gemeinderat überwiegend auch mit den bisherigen Vertretern besetzt sein wird. Dies gilt auch für das "weibliche Element" im Rat; zumindest drei Damen werden mit ziemlicher Sicherheit nach dem 25. März der Vertretung angehören.

Die ganz großen Überraschungen bei der Zusammenstellung der Listen blieben aus. So ist es denn schon eher überraschend, daß bei der CDU alle Vertreter erneut antreten. Im Vorfeld hatte es Gerüchte gegeben, der eine oder andere CDU-Vertreter sei "amtsmüde" und wolle nicht erneut kandidieren.

Die Wählergemeinschaft hat gezeigt, daß auch noch kurzfristig die Liste geändert werden kann. Bekanntlich war die öffentliche Diskussion um die Bauschuttanlage Auslöser dafür, daß Jan-B. Schmidt - vordem Direktkandidat Nr. 3 - aus der Liste der WG herausgenommen wurde (im gleichen Zuge hatte er auch den WG-Vorsitz geräumt).

Die Auswahl ist also da - gehen wir wählen am 25. März 1990.

Stimmzettel

für die Gemeindewahl in der Gemeinde Neuwittenbek
am 25. März 1990

Sie haben 6 Stimmen

Nicht mehr als 6
Bewerber ankreuzen,
sonst ist der
Stimmzettel ungültig!

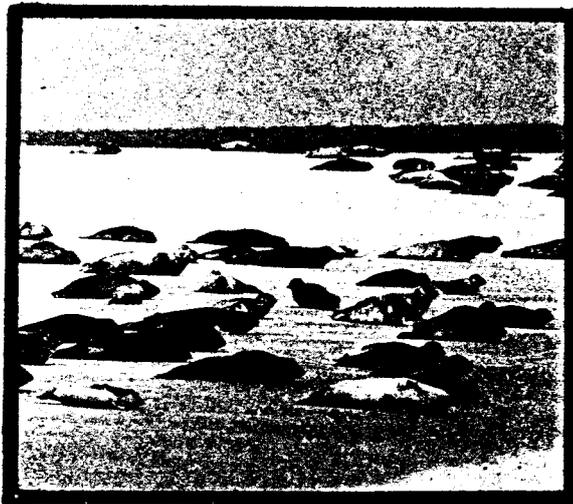
In dieser
Spalte
ankreuzen

1	Sozialdemokratische Partei Deutschlands SPD	a) Brandenburg, Bernd Rechtsanwalt Warleberg 4 2303 Warleberg	<input type="radio"/>
		b) Matte, Gisela Heizungstechnikerin Gettorfer Weg 3 2303 Neuwittenbek	<input type="radio"/>
		c) Stein, Klaus Polizeibeamter Bölskamp 5 2303 Neuwittenbek	<input type="radio"/>
		d) Popp, Carl Betriebsleiter Hauptstraße 44 2303 Neuwittenbek	<input type="radio"/>
		e) Cassel, Georg Dipl.-Ingenieur Fasanenweg 3 2303 Neuwittenbek	<input type="radio"/>
		f) Dr. Pechmann, Hannelore Dipl.-Biologin Charlottenhof 2303 Neuwittenbek	<input type="radio"/>

Auf dem Wahlzettel:
oben stehen die SPD-Kandidaten!

Ich steh' auf PVC!

Unter obiger Überschrift wird z.Zt. in vielen Zeitungen und Anzeigenblättern Werbung für PVC-Bodenbeläge gemacht. Besonders hervorgehoben werden hierbei eine Reihe von scheinbar positiven Argumenten für dieses Material. Der bestechende negative Charakter dieses Belages wird selbstverständlich nicht



genannt. Denn es ist nach wie vor nicht von der Hand zu weisen, daß sowohl bei der Herstellung als auch bei der Vernichtung

von PVC Gifte freigesetzt werden. Eben diese Gifte erlangten schon bei der Diskussion über das leider bereits in Vergessenheit geratene Robbensterben traurige Berühmtheit, denn sie wurden in hoher Konzentration im Meer nachgewiesen. Lassen Sie sich deshalb nicht irreführen und greifen Sie auf umweltverträgliche Produkte zurück. Lassen Sie sich notfalls von der Verbraucherzentrale beraten, denn eines ist sicher:
Die Norsee stirbt immer noch!!

Das Plakat

Sicherlich werden Sie sich bereits über die in diesem Jahr so veränderten Wahlplakate der SPD gewundert haben. Das farbenfrohe Bild soll die Einigkeit der Sozialdemokraten im Dänischen Wohld symbolisieren, wo sich 13 SPD-Ortsvereine zu dem SPD-Verbund Dänischer Wohld zusammenschlossen haben. Das Plakat wurde von Eckernförder Künstlern entworfen und exklusiv für den SPD-Verbund gedruckt. Bis zur Kommunalwahl wird es in allen Gemeinden des Dänischen Wohlds anzutreffen sein und sicher so manchen kritischen Beobachter anlocken. Auf die Resonanz in der Öffentlichkeit sind wir gespannt.

Take Five

5-Mann Tanzband

Wir spielen nur *für Sie* *bei jeder Gelegenheit!*

Oldies, Pop, Schlager, Walzer, Samba
Stimmung, Lambada, gute Laune
einfach tolle Musik



Wir sind die Band, die Sie für Ihr Fest suchen!

Rufen Sie uns einfach einmal unverbindlich an.

Wir freuen uns!

Armin Ruschizik
Moorkoppel 2
2300 Rammsee

Tel. (0431) 651135

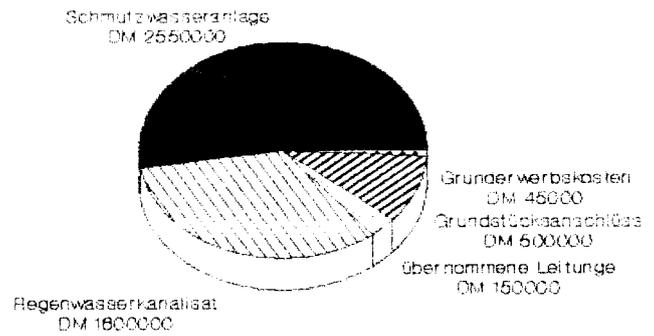
Wer trägt die Kosten ?

Am 19. März, wenige Tage vor der Kommunalwahl, soll die Gemeindevertretung nach dem Willen von CDU und WdGN noch die Beitrags- und Gebührensatzung zur Finanzierung der zentralen Ortsentwässerung verabschieden.

Leider konnten sich die Fraktionen nicht auf eine gemeinsame Regelung einigen.

Um Ihnen noch einmal die unterschiedlichen Standpunkte von Wählergemeinschaft/CDU einerseits und SPD andererseits zu verdeutlichen, haben wir das Problem grafisch etwas aufbereitet.

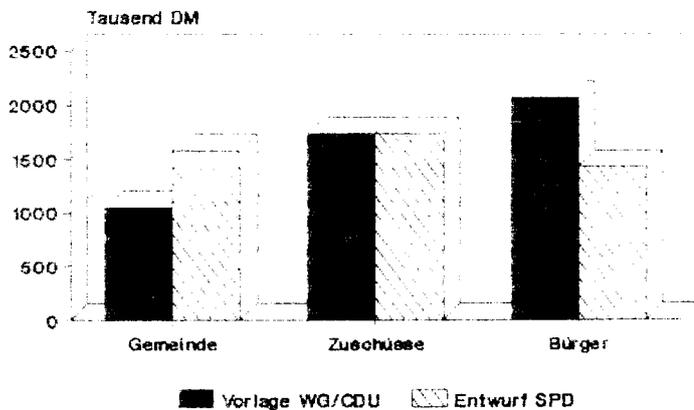
Ortsentwässerung Neuwittenbek



NDG/Ca 3/80

Gesamtkosten

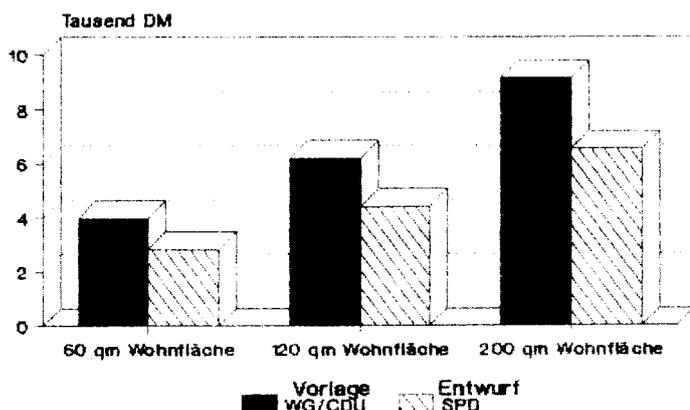
Ortsentwässerung Neuwittenbek



NDG/Ca 3/80

Lastenverteilung

Ortsentwässerung Neuwittenbek



NDG/Ca 3/80

Anschlußkosten

Vor 10 Jahren

Vor zehn Jahren, im Januar 1980, wurde der erste Gottesdienst im neuen Kirchenraum der Neuwittenbeker Schule abgehalten. Bis dahin mußte der Pastor seine Predigt in einem der normalen Klassenräume halten. Ende der Siebziger Jahre kam dann die Idee auf, die nur noch selten genutzte Lehrküche der Schule zu einem kirchlichen Andachtraum umzugestalten. Die Gemeindevertretung stimmte am 12.03.1979 einem Vertrag mit der Kirchengemeinde Gettorf zu, wonach die Kirche den Raum auf eigene Kosten umbauen und danach gegen ein jährliches Entgelt von 500,-- DM nutzen konnte.

Die Lehrküche war noch ein Relikt aus der Zeit, als Neuwittenbek als Standort für eine Dörfergemeinschaftsschule vorgesehen war. Deshalb waren in den Erweiterungsbau der Schule seinerzeit eine schöne große Lehrküche und ein Physikraum eingebaut worden. Der Physikraum wurde nach der Auflösung der Oberstufe im Sommer 1972 vorübergehend von den Sportlern des TSV Neuwittenbek genutzt, bevor er 1974 zum Kindergarten umgebaut wurde.

Mit dem Kirchenraum hat die Gemeinde einen schönen Raum gewonnen, der dank des Entgegenkommens der Kirche auch von der Gemeinde - wie z.B. für die Seniorennachmittage - und von anderen örtlichen Vereinen genutzt werden kann.

Vor 100 Jahren

Am 12. Januar 1890 begannen auf Neuwittenbeker Gemeindegebiet die Erdarbeiten für den Bau des Nord-Ostsee-Kanals. Die Kenntnis von diesem genauen Datum verdanken wir der Neuwittenbeker Schulchronik, in der die jeweiligen Schulmeister die aus ihrer Sicht wichtigen Ereignisse in der Gemeinde niedergeschrieben haben. Auch über den Ort der Arbeiten gibt die Schulchronik Auskunft: Auf dem Steenrott des Hufners Heinrich Grotkopp wurde mit dem Kanalbau angefangen.

Steenrott ist eine Flurbezeichnung für die Äcker auf beiden Seiten des Weges zum Kanalwärterhaus. Und Heinrich Grotkopp ist ein Vorfahr von "Heini" Grotkopp, den wohl alle Neuwittenbeker kennen. Daß der Chronist von dem "Hufner" Grotkopp geschrieben hat, hat sicherlich auch seinen Grund. Es gab neben der Hufe Grotkopp, einem Hof von ca. 30 - 40 ha Land (jetzt Marschke), damals nämlich auch noch eine 1/4Hufe Grotkopp. Diese Kleinbauernstelle existiert heute nicht mehr. Sie befand sich auf dem Schmiedeberg, d. h. an der jetzigen Hauptstraße ungefähr gegenüber der Schule. Der Kanal wurde übrigens am 21. Juni 1895 von Kaiser Wilhelm persönlich feierlich eingeweiht und eröffnet; und die Schulchronik berichtet, daß die Schulkinder aus diesem Anlaß zwei Tage schulfrei bekamen.

AUCH SIE
HABEN DIE CHANCE
6 RICHTIGE
ANZEUKREUZEN!

IMPRESSUM

Mit Namen oder Signum gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung unserer Redaktion dar. Diese behält sich vor, Artikel sinngemäß zu kürzen. Anonym eingesandte Artikel können in keinem Fall abgedruckt werden.

Jahrgang 13 Ausgabe 64 2/1990

Herausgeber: SPD-Ortsverein Neuwittenbek

Redaktion: Wilfried Johst (V.i.S.d.P.)

Volker Weber

Jochen Habeck

Ilona Schönfeld

Georg Cassel

Anschrift: Warleberg, Knallholt

2303 Neuwittenbek

Anzeigen: Wilfried Johst

Warleberg, Knallholt

2303 Neuwittenbek

Druck: Eigendruck

Auflage: 440

Henninger -Bräu Pizzeria Kneipe

2303 Gettorf, Kieler Chaussee 8

Telefon (04346) 6504

Geöffnet: Täglich von 18.00 bis 1.00 Uhr

Fladenbrote

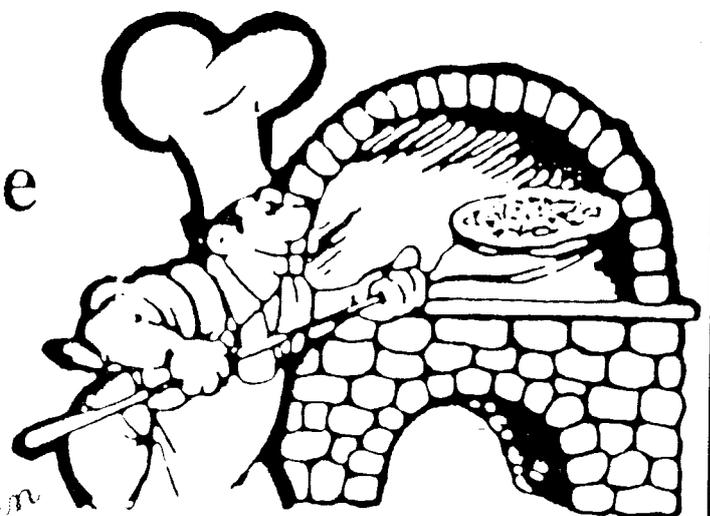
Suppen

Fleischspieß

Salate

Steaks

Schnitzel



Der Alleskönner

Demnächst ist die Ortsentwässerung fertiggestellt, und alle anschließbaren Haushalte angeschlossen. Das ist aber für uns kein Grund zu glauben, wir können dann hemmungslos mit Reinigern aller Art hantieren. Denn selbst jede noch so moderne Kläranlage ist nicht in der Lage, das Abwasser gänzlich zu reinigen.

Um der Natur und uns aus diesem Grund einen Dienst zu erweisen, können wir auf ein altes Haushaltsmittel zurückgreifen: dem Essig bzw. Tafelessig. Er dient nicht nur der Speisezubereitung, sondern er kann auch extrem wir-



kungsvoll als Reiniger eingesetzt werden.

Im Sanitärbereich zum Beispiel sind die Anwendungsgebiete schier unerschöpflich: Mit heißem Wasser angemischt reinigt er Kacheln, Fliesen, Wasch-, Bade- und Duschwannen. Verkalkte WC-Becken werden mit purem Essig ebenso rein wie verkalkte oder angelaufene Chromarmaturen.

Zum Fensterputzen reichen ein paar Spritzer ins Wasser - die Fensterrahmen aus Kunststoff erstrahlen nach einer Essigkur im alten Glanz. Selbst bei der Wäsche findet der Alleskönner aus dem Gewürzregal Anwendung: 3-5 Liter Essiglösung reinigen die Wäschetrommel in einem Durchgang. Im letzten Spülgang frischt eine

Tasse Essiglösung alte und verbleichte Textilfarben wieder auf.

Abschließend ist noch erwähnenswert, daß Essig neben der Umweltfreundlichkeit auch viel billiger ist als die chemische Konkurrenz.

Neue Armut

Gibt es sie nun, diese sogenannte "neue Armut" in der Bundesrepublik, oder handelt es sich nur um politische Panikmache?

Hierzu nun Daten aus dem ersten Armutsbericht, den der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) der Bundesregierung vorgelegt hat:

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist seit 1980 um rund 46% auf mehr als drei Millionen Menschen gestiegen. Demnach leben 10% der Bundesbürger in Armut. Besonders stark betroffen sind hierbei die Langzeitarbeitslosen, Behinderte, Rentner und auffällig viele junge Menschen. Der DPWV kritisierte hierzu, daß es in der Bundesrepublik im Vergleich zum Ausland keinen offiziellen Armutsbericht gibt.

Weiterhin gibt es nach vorsichtigen Schätzungen der Wohlfahrtsverbände zur Zeit mehr als 500 000 Obdachlose in der Bundesrepublik, davon 120 000 "Nichtseßhafte", die überhaupt keine Bleibe besitzen. 200 000 Familien sind in öffentlichen Notunterkünften untergebracht, 100 000 leben in gewerblichen Notunterkünften und ebensoviele in gemeinnützigen Anstalten, Heimen oder Frauenhäusern.

Circa eine Million Menschen leben in derart unzumutbaren Wohnverhältnissen, daß sie aus diesem Grund eine neue Wohnung suchen. Somit drängen sie ebenfalls auf den ohnehin schon angespannten Wohnungsmarkt.

Ist das nun die Armut oder nicht?

6 Richtige für Neuwittenbek

Bernd Brandenburg	
-------------------	---

Gisela Matte	
--------------	---

Klaus Stein	
-------------	---

Carl Popp	
-----------	---

Georg Cassel	
--------------	---

Dr. Hannelore Pechmann	
------------------------	---